

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erste Ausgabe nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontonummer Dresden Nr. 2486. — Stadtkontonummer Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Oskar Edel in Dresden.

Nr. 240

Dresden, Dienstag, 14. Oktober

1924

Die zweite Feststellung der Reparationskommission.

Paris, 13. Oktober.
Die Reparationskommission hat heute vormittag die im Londoner Protokoll vorgesehene zweite Feststellung der effektiven Zinstrafschung des Dawesplanes vorgenommen. Es wird darin festgestellt, daß 1. Deutschland die folgenden ihm durch den Dawesplan auferlegten Reparationsverpflichtungen erfüllt hat: a) Verabschiedung und Verkündung der zur Durchführung des Dawesplanes erforderlichen Gesetze, b) Einsetzung aller in diesem Plan vorgesehenen Kontroll- und Exekutivorgane, c) die definitive Konstitutionierung der Goldemissionsbank sowie der Reichsbahn-Gesellschaft, d) die Übergabe der Zerstörungsarbeiten für die ausgebauten Eisenbahnen und Zerstörungsarbeiten an den Zertrümmerer; 2. daß durch die abgeschlossenen Verträge die Finanzierung der 800 Millionen-Anleihe gewährleistet sei. Der in seinem Wortlaut veröffentlichte Beschluß der Reparationskommission ist noch heute abend den Staatsanwaltschaften des Londoner Protokolls, dem Agenten für die Reparationszahlungen, sowie den an der Emision der Anleihe beteiligten Bankgruppen offiziell mitgeteilt worden.

Die Reparationskommission hat beschlossen, die gemäß Art. 248 des Friedensvertrages von Versailles auf dem Besitz und den Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Länder lastende erste Hypothek teilweise aufzuheben. Durch diesen Beschluß wird ein Teil des deutschen Besitzes und der Einnahmequellen Deutschlands für den Anleiheendienst zur Verfügung gestellt. Hierbei ist, wie die Reparationskommission weiter mitteilt, bestimmt worden, daß der Zinsen- und Amortisationsdienst der Anleihe eine sofortige und vorbehaltlose Verpflichtung der deutschen Regierung bildet, mit der der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen belastet sind. Der Zinsen- und Amortisationsdienst genießt ein Privileg ersten Ranges auf alle Zahlungen, die in Ausführung des Dawesplanes dem Generalagenten für Reparationszahlungen geleistet werden.

Die italienische Antwort auf das Memorandum fehlt noch.

Rom, 13. Oktober.
Gegenüber gewissen Zeitungsberichten erklärt die Agenzia Volta, daß die italienische Antwort auf das deutsche Memorandum bezüglich Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund noch nicht abgegangen sei.

Zur Einnahme Schanghai durch die Regierungstruppen.

New York, 13. Oktober.
Das Kriegsministerium hat aus Tokio die Nachricht erhalten, daß sich Lu-jung-tschang und So-jung-tschang, nachdem sie Schanghai den Regierungstruppen übergeben hätten, nach Japan geflüchtet hätten. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Feindseligkeiten zwischen den Japanern und den Kiangsu-Truppen endlich eingestillt worden sind. Verhandlungen zur Übernahme der Kontrolle und der Verwaltung der chinesischen Behörden haben begonnen. Die chinesischen Behörden haben den Wunsch, daß die Kiangsu-Truppen in ihren jetzigen Stellungen bleiben. Die unmittelbare Ursache des Rückzuges Lu-jung-tschangs ist eine Niederlage Chen-jao-tschangs, der Alliiert des Kiangsu-Truppen Kommandanten, und gestern abend mit einer Division auf die Seite der Kiangsu-Truppen übergang. Man ist der Meinung, daß die ausländischen Niederstellungen in Schanghai sich nicht in Gefahr befinden.

Die Verteidiger Schanghai haben eine Stadt preisgeben müssen, die sich wahrscheinlich nicht gegen von ihnen verteidigen ließ. Denn die Kiangsu-Truppen, die jetzt in diese für jeden Eroberer Chinas unentbehrliche Weltknoten-Handels- und Völkerknoten eingestillt sind, waren die Streit-

käfte des Generals Wupeifu, mittelbar also der Peking Centralregierung und, seitlich noch mittelbar, die Träger des Willens zur Reichseinheit, zum „nationalen China“. Tzugen war Lu-jung-tschang, der Generalgouverneur der Provinz Tschefiang, der diesen Schlüsselposten des Bürgerkrieges zu halten versuchte, der Parteigänger Tschang-solin, des Gewaltherrn der „unabhängigen“ Wandschun und japanischen Schützlinge, Wandschun, die mit der Wohlhaberei Mittelchinas gewiß nicht zu tun hat. Offenbar waren seine Truppen, die auf gut chinesische Art die Kapitulation durch Nichtstun aber durch Überlaufen bewirkt haben, in noch aufwichtigerem Grade schmerzhaft als die Streitkräfte Wupeifus. Sie haben schon einmal, vor einigen Wochen, ihren Führer eine Niederlage beteuert, indem sie zu dem jahrelangsjährigen oder jahrzehntelangen Kriegsherrn übergingen. Jedenfalls gehört Schanghai jetzt zum Machtbereich der Peking Regierung; Einfallstor der westlichen Politik und des westlichen

Handels, Hauptstich des chinesischen Europaerturns und, mehr noch als Peking, Stützpunkt der internationalen Intrigue. Die Stellung des Generals Wupeifu, der wenigstens mittelbar für die Einheit Chinas kämpft, hat sich beträchtlich, vielleicht anscheinend, verstärkt, der Präsident des Södens, Sunjatsen, wird es sich einweilen verdingen müssen, zugunsten des separatistischen Nordens einzugreifen, während Tschang-solin seiner besten Stützpunkte beraubt ist und mit dem „Marisch auf Beiping“ wohl noch etwas warten muß. Seine Hoffnung auf eine Wendung der Dinge, zugleich aber die schwere Gefahr für die chinesische Reichseinigung, beruht auf der Tatsache, daß Japan offen gedroht hat, einzugreifen, falls Tschang-solin unterliege. Dafür hat Wupeifu einen mächtigen, natürlich ebenso wenig selbstlosen Bundesgenossen an der Comintern. Moskau hat gegen die Nationalisierung Chinas nichts einzuwenden, um so mehr Japan. Ein

Die 800 Millionen-Anleihe.

Heute und morgen wird in London, New York, Paris, Brüssel und in einigen anderen europäischen Hauptstädten die 800 Millionen-Anleihe für Deutschland zur Zeichnung aufgelegt. Der aus Zinsfuß und Zinszahlung bestehende mittlere Zinsfuß beträgt etwa 8 Proz. Die ausländischen Bankkreise schätzen diese Anleihe, die erste, die Deutschland nach dem Kriege im Ausland aufnimmt, als eine sehr sichere und gute Kapitalanlage. In New York und London glaubt man deshalb, daß die Anleihe schon am ersten Tage überzeichnet werden wird.

Die vielfach gehörten Vermutungen, daß die Anleihe eine zusätzliche Last zu den deutschen Reparationslasten sei und die für normale Verhältnisse hohe Verzinsung auf Kosten Deutschlands gehe, ist falsch. Tilgung und Verzinsung der Anleihe gehen zu Lasten der Reparationsempfänger, wie das Sachverständigen-gutachten ausdrücklich sagt: „Der für den Schuldendienst dieser ersten und jeder späteren Anleihe erforderliche Betrag muß von den Summen abgezogen werden, die nach unserem Plan in späteren Jahren den Gläubigern Deutschlands zur Verfügung gestellt werden können. Tatsächlich ist die Anleihe nur eine Vorwegnahme der in Zukunft verfügbaren Summe, die — das muß betont werden — nach unserer Ansicht die höchstmögliche und deshalb einer weiteren Erhöhung nicht mehr fähige Belastung darstellt.“

Die Anleihe soll nach dem Sachverständigenplan dem doppelten Zweck dienen, die Stabilität der deutschen Währung zu sichern und die notwendigen Sachleistungen im ersten Jahre zu finanzieren. Der deutsche Haushalt soll im ersten Jahre vollkommen frei von Reparationszahlungen sein. Die Reparationsgläubiger haben also nur Anspruch auf Zahlung von 300 Millionen Goldmark aus dem Erlös der deutschen Bahnen und auf Sachleistungen, soweit sie zusammen mit den deutschen Zahlungen auf Grund der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe und für Verpflegungstruppen den Betrag, den die Anleihe tatsächlich erbringt, nicht überschreiten.

Die 800 Millionen Goldmark kommen sämtlich in vollwertiger Saluta nach Deutschland. Die Zahlungen daraus für die Reparationsgläubiger dürfen nur in Deutschland selbst, also in deutschem Geld, ausgegeben werden. Die Saluta bleibt zur Verfügung Deutschlands und hat in erster Linie mit zur Schaffung der für die neue Goldnotenbank erforderlichen Goldreserven zu dienen. Nach all diesen Bestimmungen ist diese Anleihe nicht allein bestimmt, im ersten Jahre Reparationsansprüche zu erfüllen, sondern auch dazu, der deutschen Wirtschaft festen Grund für seine stabile Währung und in gewissem Umfange Betriebskapitalien für Importzwecke zu beschaffen. Der Defizientmarkt wird damit auf eine lange Frist hin auch gegen größte Ansprüche gesichert. Jene, welche Gefahren für den Ruin des deutschen Geldes bei diesem großen Vorrat ausländischer Zahlungsmittel auf absehbare Zeit nicht zu befürchten.

Die Möglichkeit, fremde Wohlhoffe und unentbehrliche Zahlungsmittel aus dem Ausland herbeizuschaffen, bietet einen starken Anreiz für die endliche Ordnung der deutschen Wirtschaft. Selbst wenn sich die deutsche Handelsbilanz, die jetzt glücklicherweise einen Überschuß buchen kann, abermals verschlechtert und passiv werden sollte, würde doch mit Hilfe der 800 Millionen fremder Zahlungsmittel zunächst eine Erschütterung der Zahlungsbilanz, d. h. der Fähigkeit, eine größere Einfuhr mit fremdem Gelde zu bezahlen, abgewendet werden können. Dr. Schacht hat eine glückliche Hand in dem Schuß der deutschen Währung vor neuen Schwierigkeiten und in der Kreditpolitik der Reichsbank bewiesen. Er wird hoffentlich als Präsident der neuen Geldnotenbank und damit als Leiter der Kreditpolitik dieses Instituts weiterhin für die ordnungsgemäße Verwendung dieser neuen Zuteilung von Gold besorgt sein.

Die Anleihe wird als neu eingeschalteter Motor in der deutschen Wirtschaft wirken. Sie wird den bis jetzt nur schiefen und unvollständigen Beschleuniger und vielmehr den Hauptteil der Kraft zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit in Deutschland auslösen. Sie wird als Wirkung eine Erleichterung für den seit vertriebenen deutschen Kreditmarkt haben und der deutschen Wirtschaft billigeres Kredit als in der letzten Vergangenheit ermöglichen. Die aus dem Geldmangel entstandene Kreditverknappung hat einen erheblichen Teil der deutschen Produktions-einschränkungen mitverschuldet. Betriebe, die ihrer Natur nach auf langfristige Kredite angewiesen sind, konnten bei den bisherigen Zinssätzen für geliehenes Geld doch nur in Ausnahmefällen den Kreditmarkt in Anspruch nehmen und auch dann nur, wenn die feste Sicherheit gegeben war, diese Zinssätze auf den Preis der Produkte abwälzen zu können.

Der Sachverständigenplan gewährt Deutschland eine Atempause. Die Anleihe hilft uns sehr wesentlich dazu, erleichtert atmen zu können. Das Zustandekommen der Anleihe hat noch einen anderen, zunächst nicht scheinbar erscheinbaren Vorteil. Sie erbringt für uns den positiven Nachweis, daß Deutschland in den Zeichnungsbedingungen — und das sind die maßgebenden — seinen Kredit wiedererlangt hat. Das Vertrauen zu Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft ist im Ausland zurückgekehrt, und dieses Vertrauen hat die Kraft, sich auch auf die Einzelbetriebe der deutschen Wirtschaft auszudehnen, und die andere, ganz ungeschätzbare Kraft, unser Vertrauen zu uns selbst wieder neu zu stärken.

Wir mit dieser Anleihe ist die sichere Grundlage für eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse, der feste Boden, auf dem sich die deutsche Wirtschaft neu aufbauen kann, hergestellt. Wir wissen, daß die Reparationslasten ein schweres Gewicht für uns sind. Aber wir dürfen von dem nahen Tage des Abflusses der Anleihe an den guten Glauben hegen, daß wir's schaffen und zu dem Wiederaufbau der durch Krieg- und Nachkriegswirren erschütterten europäischen Wirtschaft unseren eigenen Anteil beizutragen werden.

Zum englisch-türkischen Konflikt.

Geni, 13. Oktober.
Die türkische Regierung hat an das Völkerbundsekretariat ein Telegramm gerichtet, das gegen die letzten englischen Grenzverlegungen im Taurusgebiet protestiert und erklärt, daß die von der Türkei befehligte Linie den status quo darstelle, den die englische und die türkische Regierung innewohnten sich verpflichtet hätten.

Die 800 Millionen-Anleihe.

London, 13. Oktober.
Die „Times“ berichtet, daß die türkische Antwort auf das britische Ultimatum vom letzten Donnerstag, in dem die unverzügliche Zurückziehung der Streitkräfte geordert werde, die in das britische Mandatsgebiet in Mesopotamien eingebracht seien, im Fortschritt offenbar sorgfältig geprüft wurde. Man könne nicht sagen, daß die türkische Note jede Hoffnung auf eine friedliche Regelung, die für beide Teile befriedigend wäre, zerbröckele. Die britische Regierung werde jedoch wahrscheinlich erklären, daß die von Ankara angeführten Beweise nicht angenommen werden könnten.

Wiedereinführung des Achtstundentags.

Berlin, 13. Oktober.
Am Donnerstag dieser Woche wird der besondere Arbeitsschutz des R. W. A. zur Feststellung der Berufsgruppen, bei welchen der Achtstundentag wieder eingeführt werden soll, zu seiner ersten Beratung zusammengetreten. Die Liste des Reichsarbeitsministeriums über die für den Achtstundentag in Betracht kommenden Berufe, die in Anlehnung an die Gliederung der Reichsstatistik aus Bergbau, Hüttenwesen, Metallverarbeitung, Stein und Erden, chemische Industrie und sonstigen Gruppen bestimmte Arbeiterkategorien herausgreift, liegt dem Reichswirtschaftsminister noch im Reichsarbeitsschutzrat vor mit einer schnellen Erledigung der Streitfrage. Die Arbeitgeber werden wahrscheinlich darauf bestehen, daß auch Betriebsbeschäftigungen vorzunehmen werden. Die eigentliche Entscheidung fällt der Sozialpolitische Ausschuss. Hierzu wird aus Berlin geschrieben: „Wir finden die ganze Art, wie hier noch immer der Achtstundentag lediglich als Ausnahme-fall für gewisse Berufe festgesetzt werden soll, wenig glücklich. Dessenungeachtet hat das Arbeits-

zeitig eine klare Festlegung des Achtundzestages als Regel. Die entscheidenden Paragraphen des Gesetzes werden erst nach der Rückkehr des Reichsarbeitsministers von seinem Urlaub, der am 15. Oktober zu Ende ist, formuliert werden.

Konflikt im Rechtsausschuß des Reichstags.

Die bürgerlichen Parteien fordern die Abberufung der Vorsitzenden Rat.

Berlin, 13. Oktober.

Der Rechtsausschuß des Reichstags trat am Montag zur Beratung sozialdemokratischer und kommunistischer Entwürfe zusammen, durch die insbesondere das Wieder- aufnahmeverfahren gegen Urteile des bayerischen Volksgerichts eingeführt werden solle. Außerdem bezwecken sie die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und des Verbots der kommunistischen Partei und Presse in Bayern. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Abg. Kahl (D. Sp.) eine Erklärung, daß die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, die sich dieser Erklärung nicht angeschlossen hatten, es ablehnen, fernern unter dem Vorsitz des kommunistischen Abg. Kay zu verhandeln. Kay habe im Reichstag grobe Beleidigungen gegen den deutschen Richterstand und grundlose Verdächtigungen gegen Mitglieder des Rechtsausschusses ausgesprochen. Der Ausschuss solle daher veranlaßt werden, einen Parteimittelsel im Vorsitz des Rechtsausschusses einzutreten zu lassen. Die Abgg. Rosenfeld, Saenger und Frau Pfaff legten gegen das Vorgehen der bürgerlichen Abgeordneten Verwahrung ein. Der Abg. Gerland (Dem.) unterstützte das Verlangen der bürgerlichen Parteien mit dem Hinweis darauf, daß Kay auch deshalb ungeeignet sei, den Vorsitz des Rechtsausschusses weiterzuführen, weil im Reichstag ein Antrag auf Aufhebung seiner Immunität wegen eines Hochverratsverfahrens vorliege. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien verließen die Sitzung, die daraufhin geschlossen werden mußte.

Der Geschäftsordnungsaußschuß des Reichstags

hat am Montag den Antrag der nationalsozialistischen Reichspartei auf Aufhebung der Geschäftsordnung des Abg. Kriebel abgelehnt. Die Verhandlung über den Antrag der sächsischen Gefandtschaft auf Genehmigung der Verhaftung des kommunistischen Abg. Krosch er wegen Aufruhrs und Landesverrats wurde zunächst angelehnt, da sich in der Besprechung ergab, daß noch Ausschüsse der zuständigen Staatsanwaltschaft erforderlich sind. Gleichfalls angelehnt wurde die Entscheidung über das Gesuch auf Aufhebung der Untersuchungshaft des kommunistischen Abg. Uebachs, weil hier gleichfalls noch weitere Ausschüsse der Generalstaatsanwaltschaft erforderlich sind. Der Geschäftsordnungsaußschuß wird seine Verhandlungen am Dienstag vorzeitig fortsetzen.

Kommunistische Forderungen.

Am Montag trafen im Reichstag sämtliche parlamentarischen Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands in Anwesenheit der Kommunalvertreter von 30 großen deutschen Städten. Es wurde beschlossen, durch die Reichstagsfraktion ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Marx-Stresemann einbringen zu lassen.

Im übrigen beschlossen die Kommunisten den Kampf gegen jeden Lohnabbau und sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes bis zur Höhe des Friedensreallohnes, die Wiedereinführung des Achtundzestages bezuglich der Sechshundertschaft der Arbeit unter Tage, die sofortige Aufhebung des 10prozentigen Steuerabzuges, der Kleinrentner, die Befreiung der Kleinrentner von der Pacht, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung aller politischen Gefangenen der proletarischen Parteien, die sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und die sofortige Volksozialisierung.

Die Möglichkeit baldiger Neuwahlen ist nicht ganz ausgeschlossen. In aller Eile haben die Kommunisten deshalb eine Reihe von Forderungen

aufgestellt, die offenbar Eindruck auf die breite Masse machen sollen.

Vor der Wahl in Hamburg. Deutschnationale Hoffnungen.

Hamburg, 13. Oktober. Am 26. Oktober wird im Stadtkreis Hamburg das Parlament, die Bürgererschaft, neu gewählt. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Neben den fünf politischen Parteien, aus denen sich bisher die Bürgererschaft zusammensetzte — 29 Sozialdemokraten, 28 Demokraten, 13 Volksparteiler, 18 Deutschnationale, 17 Kommunisten — bewerben sich noch zehn Sonderlisten um die Stimmen der Wähler.

In der Hauptsache geht der Kampf um die letzte Regierungskoalition (Demokraten und So-

zialdemokraten), die seit 1910 im Amt ist. Der Senat besteht jetzt zur Hälfte aus Demokraten, zur anderen Hälfte aus Sozialdemokraten. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale machen die größten Anstrengungen, diesmal die Mehrheit in der Bürgererschaft und damit einen Senat nach ihrem Willen zu bekommen. Der Ausfall der Reichstagswahl vom 4. Mai, bei der die Sozialdemokraten erheblichen Stimmenrückgang erlitten, während Deutschnationale und Kommunisten großen Zuwachs erzielten, hat ihnen Mut gemacht und läßt sie schon in Siegeshoffnungen schwelgen. In der ersten Wählerversammlung der Deutschnationalen verbandete deren Vorsitzführer sogar, daß es um Hörsing gehe als um die Zusammenfassung der zukünftigen Landesregierung; es gehe vielmehr darum, mit einem Wahlsieg in Hamburg den Boden für die Befestigung der jetzigen Koalition in Preußen zu bereiten.

Republikanische Waffenkundgebung in Kiel. Eine Rede Severings.

Kiel, 13. Oktober.

In einer eindrucksvollen Waffenkundgebung für die Republik und die Reichswehr teilnahmen gestern die Fahnenwägel des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß, die auf dem großen städtischen Sportplatz unter Beteiligung einer vielköpfigen Menschenmenge vor sich ging und mit einem gewaltigen Festzug einen würdevollen Abschluß fand. Als Auftakt zur eigentlichen Kundgebung wurde eine von einem Händlingleitete Waffenparade in der Kieler Severing über die Aufgaben des Reichsbanners sprach. Hauptzweck sei, die Republik, die Weimarer Verfassung zu verteidigen und dem Ausland zu beweisen, daß die Monarchie in Deutschland keine Zukunft mehr habe.

Mißbrauch der Fortbildungsschule. Beleidigung des Reichspräsidenten.

Bielefeld, 13. Oktober.

In diesen Tagen fand in Bielefeld ein Beleidigungsprozess gegen den Rektor Bohnenkamp von Minden vor dem großen Schöffengericht als Verurteilung Verhandlung statt. Der Angeklagte war von dem Schöffengericht in Minden, wo er sich vor Wochen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten hatte, freigesprochen worden. Wegen des Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Juli des vergangenen Jahres auf Anlaß einer Unterrichtsstunde in einer Klasse der kaufmännischen Fortbildungsschule in Minden dem Schülern die Scherze über den Reichspräsidenten über und dessen Gemahlin erzählt zu haben, u. a. daß Ober im Speisewagen eines D-Zuges Pfeffer und Gabel fällig gebraucht habe. Ferner erzählte er Scherze über einen Schmutz der Frau des Reichspräsidenten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Strafe von 500 Mark erst 50 Tage Gefängnis und den Kosten. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die durch die Beweisaufnahme festgestellten und durch die Zeugen bekräftigten Äußerungen des Angeklagten als erweislich anzusehen seien. In Widerstand der Persönlichkeit des Angeklagten und des Mißbrauchs seines Amtes,

Die Regierungskrise.

Die Auflösung des Reichstags noch immer wahrscheinlich.

Berlin, 13. Oktober.

Nach den neuesten Dispositionen sollen die Besprechungen zwischen dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern am Freitag wieder aufgenommen werden. Klarheit über die Aussichten dieser Verhandlungen werden zwar erst die heutigen Besprechungen des Zentrums und der Demokraten bringen, doch rechnet man in maßgebenden Kreisen nach wie vor mit einem negativen Ergebnis der ganzen Verhandlungen. Als einziger Ausweg aus dem ganzen Wirrwarr gilt auch heute noch die Auflösung des Reichstags. Die Auffassung, daß die Deutsche Volkspartei im Falle des Scheiterns der Verhandlungen ihre gegenwärtigen Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, ist unrichtig. Ein diesbezüglicher Beschluß liegt nicht vor und es besteht innerhalb der Deutschen Volkspartei auch gar keine Meinung, sich auf diesem Wege einzusetzen zu lassen. Ebenso ist es noch unklar, ob der völkerehrliche Beschluß, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den Reichstag aufzulösen, gleichzeitig aber die Gesamtwahl des Kabinetts einzureichen, das dann nur als Geschäftsmittel zum Jungieren hätte, der persönlichen Initiative der Abgeordneten Schulz und Curtius entspringt, oder von der Gesamtfraktion gefaßt wurde.

Der Kabinettrat des Reichstags

trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um die Dispositionen für den Zusammentritt des Reichstagsplenums festzusetzen.

Falls die Regierungsbildung ins Auge gefaßt ist, soll am Dienstag, den 21. Oktober, das Plenum wieder zusammenkommen. Als Tagesordnung sind vorgesehen: Beamtenfragen, Personalabbaubewerbungen, Wohnungszug und Wohnungsanträge, die einem Ausschuss übergeben werden sollen, und etwaige Interpellationen. Es ist jedoch möglich, daß zunächst in der ersten Sitzung eine Erklärung der Reichsregierung erfolgen wird. Eine Stunde vor der Plenarsitzung wird der Kabinettrat ebenfalls zusammenkommen und endgültig die Dispositionen für die erste Sitzung treffen.

Die Einberufung des Reichstages ist vorläufig also nur für den Fall einer Regierungsbildung geplant. Scheitern soll sie nicht mehr erfolgen, falls eine Reichstagsauflösung notwendig wird. Darüber dürfte bereits am Dienstag die Entscheidung fallen. Die Zentrumsfraktion tritt um 11 Uhr zusammen, um sich mit der Regierungsbildung zu befassen. Eine Stunde später ist die Fraktion der Demokratischen Partei an der Reihe, die, wie es scheint, tatsächlich den Bürgerblock ablehnen wird. Um 4 Uhr tagt die Deutsche Volkspartei. Der Ausgang der Beratungen des Zentrums ist vorläufig noch unbestimmt. Man rechnet aber auch hier weniger mit einer Regierungsbildung als mit der Auflösung des Reichstages.

Eine Drohung aus München.

München, 13. Oktober.

Das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei, der „Bayr. Kurier“ nimmt in einem viel beachteten Artikel zur Regierungskrise im Reich Stellung.

Falls im Reichszentrum die Richtung Dr. Wirth aus München, die der Bayerischen Volkspartei die Aufgabe zu, die Traditionen des alten Zentrums allein und nachdrücklich weiterzuführen. Die Bayerische Volkspartei würde dann die bisher bewährte Zurückhaltung und Beschränkung auf die bayerischen Landesangelegenheiten aufgeben und ihr Banner, das Banner Windthorst, in ganz Deutschland aufpflanzen.

Den Mißbrauch von Windthorst Namen für parteipolitische Zwecke Bayerns behauptet man im Zentrum aufrichtig. Die Einheit und Größe des Reichs sei nicht ein Ziel Windthorstischer Politik gewesen. Und kein Banner der Windthorstischen Tradition weisse daran, daß der große Hannoveraner heute weder auf Seiten der Reichspartei noch auf jener der bayerischen Partikularen, stünde. Für die bayerischen Parteipraktiken gar hätte der Jurist Windthorst nicht nur eine glatte Ablehnung, sondern auch die schärfste Verurteilung. Deshalb läßt die Bayerische Volkspartei gut daran, vor ihrer eigenen Türe zu kehren, anstatt in unbedachter Weise Steine in den Garten des Reichszentrums zu werfen.

Zu Nietzsches 80. Geburtstag am 15. Oktober.

Von der Glorie höchster Berufung das Haupt umleuchtet und titanische Sehnsucht im Herzen — schritt er ins Leben, und den Notschrei der Menschen vernehmend, erhob er die Stimme: sein helles Wort tönte über die Lebenswege.

Höher und höher stieg er hinan, nachtrachtend eingeborenem Ziele, duldete über sich nur die Erlauchten, die Sieger über sich selber, die vor ihm über die Erde wallten.

In langen Wintern der Schöpferqualen, in langen Sommern der Schöpferwonnen reifte sein Inneres, wuchs Ring an Ring. Und er gewann die seligste Macht: unerforschene Tiefen zu ergründen, Wissen und Irrtum neu zu verjöhnen, — Licht zu entzünden!

S. K. Bennndorf.

Nietzsche, der Dichter.

Es ist eine Paradoxie der Geistesgeschichte der letzten Jahrzehnte, daß gerade Nietzsche, der nicht nur zu seinen Besten, zumal vor seiner geistigen Erkrankung, mehr Ablehnung und spöttisches Scheltzen als Anerkennung gemerkt hat, sondern auch selbst in den besten Jahren seines Schaffens die Einseitigkeit gesucht und sich vom Getriebe der Menschen mit höchst geistigerem aristokratischem Selbstgefühl ferngehalten hat, nach seinem Tode wie kaum eine zweite Persönlichkeit das Kulturgut unserer Zeit beeinflusst hat und vielfach sogar zu einem Modestilbe erhoben worden ist. Die verschiedenartigsten Weltanschauungsrichtungen haben sich bis heute auf ihn berufen und sein

Wort, oft unter trauriger Mißdeutung mancher von ihm geprägter Begriffe, wie des „Willens zur Macht“ in den Dienst der trivialsten geistig-ethischen Tendenzen gestellt.

Als Philosoph, als Gegenpol zu Schopenhauer, gilt Nietzsche gewöhnlich in Valenteisen. Aber im eigentlichen Sinne ist Nietzsche überhaupt nicht Philosoph, sondern Dichter. Nicht niedrige, strenge Logik, sondern aberquernde Phantasie, nicht trockene Systematik, sondern dichterisch geheizte Ausdrucksfülle bezeichnen seine Darstellung, auch wo sie, wie in seinem Frühwerk „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“, das noch der Beherrschung Richard Wagner's gilt, im ersten Akt wissenschaftlichen Charakters hat. Das ästhetische Moment ist es auch vornehmlich, das die Dichter der jungen und jüngsten Generation so stark in Nietzsches Laune gefaßt hat. Seit demselben Anfangen ist die Dichtung unserer Zeit ohne den vielfältigen Einfluß Nietzsches undenkbar.

Gerade das Charakteristischste und bekannteste Merk Nietzsches „Also sprach Zarathustra“, das die Summe seiner geistigen und menschlichen Persönlichkeit enthält, läßt neben den „Gebichten und Epochen“ mit größter Reinheit sein Dichtertum erkennen. Aus der Sammlung seiner Gedichte sehen wir, daß die ersten und überlieferten Gedichte bereits aus seinem 15. Lebensjahre stammen, und Nietzsches Schwermut bezeugt und sogar, daß dichterische Versuche schon aus seinem 10. Lebensjahre vorgelegen haben. Katalysator sind diese ersten Versuche lediglich bezeichnend für die Tatsache seiner dichterischen Begabung, ohne bereits künstlerischen Wert zu besitzen. Immerhin ist Nietzsches Neugier zur Dichtung bereits in frühen Jugendjahren fast gewesen, und es beweist seine strenge Selbstkritik, daß er jahrelang den größten Teil seiner Jugendbildung durch „ein großes Studieren“, wie er selbst erzählt hat, der Vernichtung geweiht hat, um dann doch immer wieder von neuem zu dichterischer Gestaltung geziehen zu werden. Und es ist Selbstverleumdung und Be-

kenntnis, wenn die Strophen seines Gedichtes „Dichters Verfassung“ immer wieder in die Verse ausklagen

— „Ja, mein Herr, Sie sind ein Dichter“ ahnfelnd der Vogel Specht, und wenn er später aus Mutender Seele andeutet, daß er „Nur Narr! Nur Dichter! ...“ sei.

In höchster Vollendung gereift ist Nietzsches Dichtertum in „Also sprach Zarathustra“ und in den „Dionysos-Dithyramben“, von denen er sagt: „Dies sind die Wieder Zarathustra, welche er sich selber zulang, daß er seine letzte Einsamkeit ertrüge.“ In den wenigen Wochen in ungebändigem Schöpferrausche niedergeschriebenen vier Teilen des „Zarathustra“ steigert sich die Ausdruckskraft des Dichters, besonders in einzelnen Teilen wie dem „Rachit“, dem „Langliedern“, dem „Wohltat“, dem „Liebe“, „Die sieben Siegel“ u. a., zu einer hymnischen Ergriffenheit und Verzückung, die selbst den Feuerstrom der Lyrik des jungen Goethe noch übertrifft. Während Bildsprache und elementar dahinstürmende Rhythmi zeigen hier und in den „Dionysos-Dithyramben“ das Genie, das an seiner eigenen Flamme verzehrt.

Der philosophische Gehalt des „Zarathustra“, seines persönlichsten und umfassendsten Werkes, ist nicht als die äußerlich subjektive Wiedergabe von Nietzsches Gefühle- und Gedankenwelt. Ein Mensch tritt uns hier entgegen, der sich wundet und allmählich verbräutet im tropischen Kampfe um die Behauptung seines eigenen Ich gegenüber der Flucht und inneren Schwäche der Durchschnittsmenschenmasse. Und gerade dieser tiefste Kern seiner Persönlichkeit macht und Nietzsches so lebenswert. Dr. Wilhelm Volze.

Zur Feuerzeichen.

Von Friedrich Nietzsche.

Hier, wo zwischen Meeren die Insel wuchs, ein Opferstein jäh hinaufgestiegt, hier stand ich unter schwarzem Himmel Zarathustra seine Höhenfeuer an,

Feuerzeichen für verschlagene Schiffe, Feuerzeichen für solche, die Antwort haben. . .

Diese Flamme mit weißem Rauch in kalter Fernen hängt über Meer, nach immer reineren Höhen biegt sie den Hals — eine Schlange grad aufgerichtet vor Ungebet: dieses Zeichen stelle ich vor mich hin.

Meine Seele selber ist diese Flamme: unerstickt nach neuen Fernen lobert aufwärts, aufwärts über hieße Welt. Was ist Zarathustra vor Tier und Mensch? Was entzieht er jäh allem seinen Lande? Sehe Einsamkeiten kennt er schon —, aber das Meer selbst war nicht genug ihm einsam, die Insel ließ ihn steigen, auf dem Berg wurde er zur Flamme, nach einer lebenden Einsamkeit wirft er suchend jetzt die Angel über sein Haupt. Verschlagene Schiffe! Trümmer aller Sterne! Ihr Meer der Zukunft! Unausgeforschte Himmel nach allem Einflamen werfe ich jetzt die Angel, geht Antwort auf die Ungebet der Flamme, jagt mir, dem Fischer auf hohen Bergen, meine siebente letzte Einsamkeit! —

(Nach den „Dionysos-Dithyramben“.)

„Die heilige Johanna“.

Zur Deutschen Uraufführung im Dresdener Schauspielhaus.

In seinen „Dramen“ macht Cheffaction Bernhard Shaw dessen gefunden Menschenverstand er im übrigen nicht unterschätzt den Vorwurf, daß er an das Leben mit dem Übermenschenmaßstab herantritt. Daß es infolge dessen ungenauer schwer sei, ihm zu gefallen und genaugutun. Er werfe die Menschheit, die ihn in ihrer Beschrankung und Beschränktheit unheilbar dünke, über Bord, um dem Phänomen eines imaginären „Fortchritts“ nachzugehen: während doch gerade „dieser bedürftige, religiöse, klärende, unheilbringende, sinnliche und irreparable Mensch“ es sei, der unseren Augen leuchtend und lebendiger erscheine. Wie denn auch Lebensweg

Guter Fortgang der Ozeanfahrt des Z. R. III.

Amerika in Funkenverbindung mit Z. R. III.

Berlin, 13. Oktober.
Nach einer Mitteilung des „Transradio“ des Norddeutschen Lloyd hat die amerikanische Funkstation Ghatam seit 2 Uhr nachmittags in guter Verbindung mit Z. R. III.

New York, 14. Oktober. (Durch Funkpost.) Die Luftschiffstation Lakehurst hat heute vormittag etwa eine halbe Stunde lang ununterbrochen Funkverkehr mit Z. R. III an die amerikanischen Kreuzer auf. Der erste Spruch wurde um 9 Uhr 55 Min. amerikan. Zeit aufgenommen. Die letzten Zeichen erfolgten um 10 Uhr 25 Min. Um 11 Uhr 10 Min. lang Lakehurst folgenden Spruch von Z. R. III an den Kreuzer „Milwaukee“ auf: Schiff und an Bord ist alles wohlbehalten.

Das Logbuch Dr. Gdeners.

London, 14. Oktober.
Die Blätter bringen an Bord des „Z. R. III“ aufgenommene, in der Nähe von Bordeaux mit Fallschirmabgeworfene Photographien des Luftschiffes während des Fluges und der Offiziere des Luftschiffes. „Daily Chronicle“ veröffentlicht das bis Sonntagabend gehende Logbuch des Kommandanten des „Z. R. III“ Kapitän Dr. Gdeners, das vom Luftschiff drahtlos übermittelt wurde. Der Bericht ist folgender:

An Bord des „Z. R. III“ über dem Atlantischen Ozean. Das Luftschiff teilt mit, daß das Wetter während der ganzen Zeit gut gewesen sei, daß alles an Bord wohl sei, daß die durchschnittliche Höhe bei der Fahrt über Atlantisch 650 Fuß betragen habe, daß die Maschinen glänzend arbeiteten und daß alle in ausgezeichneter Stimmung seien.

Englische Anerkennung.

London, 14. Oktober.
Den „Times“ zufolge hat der amerikanische Kreuzer „Detroit“ berichtet, daß sich gestern eine Luftschiffstation über dem Ozean südlich von Grönland gezeigt habe, die sich in nordöstlicher Richtung bewege. Die Marinebehörden hätten daher erklärt, daß diese dem Luftschiff mehr helfen werde, als es zu hindern. „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel, die Deutschen könnten sich mit dem Gedanken trösten, daß sie weiterhin die besten Luftschiffbauer der Welt seien, und daß, wenn Z. R. III seine Reise nach Amerika ohne Unfall vollendet habe, diese Tat als Triumph der Intelligenz und der deutschen technischen Geschicklichkeit dargestellt werde.

New York, 14. Okt. (Durch Funkpost.) Um 5 Uhr 15 Min. mittelnord. Zeit lang die Station Lakehurst Funkprüche auf, aus denen sich ergab, daß der Kreuzer „Detroit“ mit Z. R. III Verbindung aufgenommen versuchte. Z. R. III antwortete auf „Detroit“ zurück, daß die Sprüche aufgenommen seien. Der Kreuzer möge weiter funkeln. Offenbar erhielt die „Detroit“ diese Funk-

Die große Entfernung, die den „Z. R. III“ bereits am Montag morgen von Europa trennte und die geringe Reichweite seiner Sendeanlagen, die bei der starken Sonnenbestrahlung zudem noch besonderen Störungen ausgesetzt war, bewirkten, daß bereits im Laufe des Montag vormittag jede genaue funktentelegraphische Verbindung des Luftschiffes mit Europa abfiel. Die Funkstelle Norddeich, die die besondere Verbindung mit dem „Z. R. III“ aufrecht erhielt, konnte nach 1/2 Uhr morgens keine direkte funktentelegraphische Verbindung mehr herstellen. Inzwischen ließ die amerikanische Station W. G. G. in der Nähe New Yorks Norddeich wissen, daß sie die Funkmeldungen des Zeppelin bereits empfangen. Das Luftschiff hatte inzwischen geraden Kurs von Spanien auf die Azoren genommen. Um 2 Uhr nachmittags hatte die Zeppelinwest in Friedrichshafen eine Mitteilung erhalten, daß „Z. R. III“ gegen 12 Uhr mittags die Azoren in guter Fahrt passierte und an Bord alles wohl und bei bester Stimmung sei. Diese Meldung erhielt um 3 Uhr ihre Bestätigung durch einen Funkpruch, der von der drahtlosen Station Kranzburg aufgegeben und über Madrid nach Stuttgart und Friedrichshafen weitergeleitet worden war. Sie lautet:

An Bord des Z. R. III.
Zooßen, 12 Uhr mittags, passierten die Azoren. Weiter gut und klar. An Bord alle hoffnungsvolle Stimmung. Ein Drittel des Vorrats zurückgelegt. Hoffen auf weitere schnelle Fahrt.

Eine spätere eigene Meldung lautet:
An Bord des Z. R. III. 3,35 Uhr nachmittags Azoreninsel Fayal passiert. An Bord alles in Ordnung. Steifer Nordwestwind, gute Geschwindigkeit, gutes Wetter.

Eine weitere funktentelegraphische Meldung von den Azoren befragt:

Das Luftschiff Z. R. III wurde in Ponta (Insel Fayal) zuerst um 3 Uhr 30 Min. mittelnordischer Zeit gesichtet, als es in einer Entfernung von etwa 800 Meilen in nördlicher Richtung vorbeiflog. Es trift funktentelegraphisch mit, daß es eine Geschwindigkeit von 66 Meilen habe und daß an Bord alles wohl sei.

Tanach hat der Zeppelin-Kreuzer bis in die Nachmittagstunden des Montag mehr als die Hälfte seines Vorrats zurückgelegt und noch eine Fahrt von etwa 32 Stunden zu bewältigen, sobald er voraussichtlich Dienstag nacht bei amerikanische Küste erreichen wird. In den ersten dreißig Stunden seiner Fahrt bis Montag mittag hatte das Luftschiff nahezu 4000 Kilometer zurückgelegt, darunter 2700 km über See. Über der Inselgruppe der Azoren ist Z. R. III genau zu der Zeit angekommen, die die Leitung des Luftschiffes durch Funkpruch nach Friedrichshafen angefragt hatte, ein Beweis für die Regelmäßigkeit und Genauigkeit, mit der der Luftschiff seine Fahrt zurücklegt.

Amtswechsel des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 13. Oktober.
Der Reichspräsident hat den Reichsverkehrsminister Dr. Cser in Folge seiner Ernennung zum Generaldirektor der Reichsbahn auf seinen Antrag vom Amte als Reichsverkehrsminister zurückgezogen. Die Geschäfte des Reichsverkehrsministeriums werden bis auf weiteres von Staatssekretär Dr. Krohne wahrgenommen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Lohnschießspruch für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband mit 27 gegen 3 Stimmen angenommen.

Mit Beginn dieser Woche wurden im oberpfälzischen Berg- und Hüttengebiet rund 5000 Arbeiter ausgepörrt und die Hochöfen abgedampft. Die Arbeitgeber begründen diese Maßnahme mit dem seit dem 23. September andauernden Streik in der sächsischen Lausitz, die rücksichtslos einen 17prozentigen Lohnabsatz erzwingen wollte. Am 9. Oktober war in dieser Angelegenheit ein Schiedsgericht des Landesrichters gebildet worden, der für sämtliche oberpfälzische Hüttenwerke den Arbeitern über 25 Jahre 5 Pf. Lohnzulage auf den ab 1. August abgedauten Lohn brachte. Die Arbeiter stimmten in ihrer Mehrheit diesem Schiedsgericht zu, während die Arbeitgeber diesem Schiedsgericht, worüber am Montag den ganzen Tag im Sozialministerium verhandelt wurde, die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Wie aus Dortmund gemeldet wird, wurden am Montag im Oberbergamt die Verhandlungen über die Rifenfrage fortgesetzt. Von der Reichsregierung waren Vertreter des Handelsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Arbeitsministeriums sowie der Reichsbahnverwaltung anwesend. Die Regierungsdirektoren wiesen darauf hin, daß bei den jetzigen Besprechungen, die lediglich informativem Charakter tragen, keine Forderung irgendwelcher Art für die Erleichterung der Rifenarbeiten gegeben werden könne. Entscheidende Maßnahmen könnten nur durch die gegenseitigen Rätepersönlichkeiten getroffen werden. Dienstag vormittag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Die Luftpost Dresden-Berlin verkehrt, wie uns von der Reichspoststelle der Oberpostdirektion mitgeteilt wird, seit dem 13. Oktober mit folgenden Zeiten: 8,15 nach ab Dresden, 9,35 vorm. an Berlin, 2,30 nach ab Berlin, 3,50 nach ab Dresden. Die Schlußzeiten für Aufstellung von Postsendungen sind beim Postamt 24 (Hauptbahnhof) auf 6 Uhr 30 vorm., Postamt 1 (Postplatz) auf 6 Uhr 30 vorm., Postamt 6 (Altenmarkt) auf 6 Uhr 40 vorm., Postamt 25 (Neub. Hof.) auf 6 Uhr 55 vorm., Postamt 31 (Rundmarkt) auf 7 Uhr 15 vorm., Postamt 31 (Ruhlsdr. Str.) auf 7 Uhr 45 vorm. (siehe Seite 1). Außerdem können gewöhnliche Briefe noch zehn Minuten vor dem Start des Flugzeuges bei dem Flugleiter in Radio aufgegeben werden. Der Flug Dresden-Berlin hat Anschluss an den Postflug Berlin-Danzig-Königsberg (S.).

der die Schulden bedauert, das Döckhaupte des Staates als minderwertig hinzustellen, sei das Gericht über den Antrag des Oberstaatsanwalts (der 300 M. beantragt hatte) hinausgegangen und habe auf die ausgesprochene Geldstrafe erkannt.

Der betretende Rektor Bohnenkamp ist Führer der deutschnationalen Bewegung in Witten.

Kopfbahnte als Mörder eines Gefinnungsgenossen.

Zu Zuchthausstrafen verurteilt.
Breslau, 13. Oktober.
Der zuerst hier stattfindende Prozeß gegen Angehörige der verbotenen Organisation Kopfbahn wegen Ermordung ihres Gefinnungsgenossen, eines Blauenhändlers Hermann in Breslau, erregt großes Aufsehen. Die Angeklagten geben zu, daß sie dem Ermordeten aus verschiedenen Gründen einen Denkmahl geben wollten und berufen sich auf die patriotischen Gründe ihres Handelns. Die Verurteilung ergibt aber, daß sie ihre Tat offenbar nicht nur auf eine geringe Körperverletzung abgezielt hatten, sondern ganz bewußt die Tötung des Hermann bezweckten. Sie hatten u. a. Chloroform zu seiner Verblüdung bezogen und verschiedene stählige Instrumente vorher besorgt. Die Anklage nimmt daher an, daß jeder einzelne der Angeklagten den Tod des Hermann gewollt habe. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines Plädoyers am Montag gegen alle vier Angeklagte die Todesstrafe und betonte, daß es sich um einen schloßen Tod, um einen schloßen Mord handele. Gegen zwei Angeklagte wurden außerdem noch Nebenstrafen wegen Diebstahl beantragt. Die Verteidiger, die durchweg der deutschnationalen und deutschpörrischen Partei angehören, geben den Teilnehmern der Tötung zu, saßen ihn aber als Körperverletzung mit Todesfolge darzustellen. Sie betonten außerdem in peinlicher Weise, daß man Patrioten, wie es die Angeklagten seien, eine solche Tat nicht allzu übel nehmen könne.

Breslau, 14. Oktober.
Das Breslauer Schwurgericht verurteilte gestern sämtliche Angeklagte wegen Körperverletzung mit Todesfolge unter Begünstigung mildernden Umständen, und zwar Gdeners und Wäher zu je sieben Jahren Zuchthaus, die beiden anderen Angeklagten Zuchthaus und Zappel zu je fünf Jahren zwei Monaten Zuchthaus. Außerdem wurden sämtliche Angeklagten die Ehrenrechte auf drei Jahre abgedroht.

Die Bergarbeiter fordern das Eingreifen der Reichsregierung.

überprüfen sollen verboten werden.
Böhm, 13. Oktober.
In zahlreichen Orten des südlichen Randgebietes fanden in den letzten Tagen Bergarbeiter-Massenversammlungen statt. Überall wurden Entschlüsse angenommen, in denen ein Eingreifen der Regierung auf Grund der §§ 1, 2 und 3 des Sozialversicherungsgesetzes vom 23. März 1919 und des Art. 155 Abs. 4 und Art. 165 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 gefordert wurde. Ebenso wurde die Auffassung

Feuer, zu Gott. Denn: Er will, daß ich durch das Feuer in seinen Schoß eile, und Ihr verdient nicht, daß ich unter euch lebe.“ Trotz ihrer „Stimmen“ ist sie ein „vernünftiges“ Weib und durchaus nicht als minderwertig oder als lastig abzutun; ebensowenig wie sie von ein Totkäufer war, weil er nebenbei eine komplett verteilte Chronologie geschrieben hat.

Aber diese ganze Vernehmlichungsprozedur, die Scham, als Historiker und Bühnenmacher, mit Johanna vornimmt, läßt darüber nicht hinweg: sie ist hier, mit all ihrer Schlichtheit und Begreiflichkeit, immer noch kein Mensch geworden. Sie ist und bleibt ein metaphysisches Wesen. Ein solches Wesen, das keine Gefühle hat. Und so muß das Drama, bei aller verführerischen Objektivität gegenüber dem gegebenen Fall „Menschheit“, wiederum in Scham dem nihilistischen Ende, muß es wieder an ein nebulöses Jenseitsentwicklung appellieren. „O Gott“, ruft sie am Schluß, als rehabilitierter Gott aus dem Jenseits, wie ihre ungeliebten Arbeiter vor der Möglichkeit ihrer tatsächlichen Wiederbelebung die Pflicht ergreifen, „o Gott, der du diese wunderbare Erde geschaffen hast, wie lange wird es dauern, bis sie wert sein wird, deine Heiligen zu empfangen, wie lange, o Gott, wie lange?“ Von Heiligen, nicht von Menschen ist hier die Rede. Und Christentum behält mit seinem General-einwand gegen Schams Übermenschenmaßstab recht. Dennoch fällt, eben auf dem Wege zu Christentum, manch erquickendes und kräftiges Wortlein gegen die aufgeblasene Systematik einer verdamnten Welt, gegen den himmelstrebenden Nationalismus dieser heillosen papierenen Weltläufe. Ein Fortschritt, das gewohnt ist, den Sitten bei den Ökonomie zu passen, hilft das verdrückte Leben um, macht einen Kampfmann aus Königlichem Geblüt zum König, giebt ihm und dem Volke Kraft und Selbstbewußtsein ins Mark, reißt Frankreich aus der Vassalität. Im Wortort sind die lebenswerten Materialien zu dieser Auffassung der Johanna gepapert. Die platte Wut, die Stimmen und

Wesen der Jungfrau seien nicht als „Täuschung“ gewesen, wird mit Recht als rühmend und unheilbar zurückgewiesen. Der Historiker (und der Mensch) des 20. Jahrhunderts überhaupte müsse begreifen lernen, daß Schamier weder Schwindler noch Karren sein müssen. „Der einseitigste französische Bauer, der an Erbschlingen künstlicher Personen vor begünstigten Straßenspielen glückt, ist der wissenschaftlichen Wahrheit über Johanna näher als die rationalistischen und materialistischen Historiker und Geistes, die sich verpflichtet glauben, ein Mädchen, das Heilige sehen und sie sprechen konnte, als Wahnsinnige oder als Dämonin herabzujucken.“ Und Scham trifft zugleich auf einen sehr wunden Punkt der Zeitmentalität, wenn er fordert, daß der ideale Biograph der Johanna frei sein müsse von den Vorurteilen des 19. Jahrhunderts, daß er das Mittelalter, die römisch-katholische Kirche, das heilige römische Reich und das Feudalsystem weitläufig intimer kennen müsse, als unsere liberalen Historiker sie je erkannt haben; daß es überhaupt ein Bedürfnis sei, die Begriffe „Mittelalter“ und „Spätere Mittelalter“ zu identifizieren und zeitungslos davon überzeugt zu sein, daß die Welt seit den Tagen Johannas sowohl in moralischer als in mechanischer Hinsicht gewaltige Fortschritte gemacht habe. Erwachte die arme heilige Johanna heute wieder zum Leben — man würde sie, in irgend einem Sinne, sicherlich wieder verdammten.

Das Schauspielhaus bot, unter Georg Kiejaus Leitung, eine fast in allen Stücken vollkommene Auffassung des geistvollen Spiels. Maxon Reglers Johanna zeigt die rechte und natürliche Mischung von unverdorbenem Naturkraft und aufgeschlossener Eingabe an die unerschöpflichen Himmelstürme. Und das Bühnenbild wird nicht durch das bloße zugehörige Gelbes und Rotes durch das Rote und Schwarze, das vor den Schönen des Schmerzes und des Todes angestrichelt. Den Dauphin und späteren König Karl, dem aus der Epöche des Barockischen nicht herausgeholfen ist, spielt Ponto so, wie Scham

im vorstreift: als Raubhund von Schöbige, feil und Energiegewand. Alexander Bierth als Graf von Barwid, bringt die bequeme, lächelnde Unrührbarkeit des englischen Beers und Feldherrn (in dem etwas von dem in Grunde ganzamen Epikurismus Spolienbards steckt) glänzlich zur Darstellung. Seine geistlichen Gegenstücke, der Erzbischof von Reims und der Bischof von Beauvais — Lothar Wehner und Bruno Decarli — repräsentieren die erforderliche wirksame Konnotation von humanistischer Kultur, weltmännischem Humanismus und blutigen Dogmen. Der französische Kaplan von Soanen spielt Kleinfeld sehr überzeugend. Helzig Steinböck ist ein überlegener, menschlicher Dumst, Rudolf Schreiber ein dreh-humorvoller Schloßhauptmann. Wilhelm Höpner, Adolf Müller, Paul Paulsen, Alexis Fosse, Walter Liebig, Alfred Reyer (als englischer Soldat und beurlaubter Hellenist) und Tom Farsch (als Herr aus dem Jahre 1920) schließen sich würdig an. Der Beifall für Dichtung, Darstellung und Regie war groß und ehrlich verdient. Max Klier

Die Jubelfeier des Sächsischen Altertumsvereins.

Im Festsaal des Sächsischen Palais in der Staatlichen Akademie für Kunstgewerbe fand der Landesverein für Sächsische Geschichte den historischen Rahmen für seine Festschönheiten. Auch die Fansien der ehemaligen Postmeister nahmen an alle Zeiten; im übrigen aber war die Feier sachlich-festlich, wie es die Not der Gegenwart erfordert. Gustav Ermisch, seit beinahe einem halben Jahrhundert im Vorstand des Vereins, begrüßte als erster Vorsitzender die große Schaar der Teilnehmer. Dann sprach Reichsarchivdirektor Dr. Schulze die Glückwünsche der Staatsregierung aus, wobei er die Notwendigkeit des Bestehens des Vereins gerade für die neue Zeit betonte, da der Staat nur dann gedeihen

Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 397 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Max Reiche in Erdmannsdorf...

In hiesigen Handelsregister ist folgendes eingetragen worden: 1. am 10. Oktober 1924

a) auf Blatt 483, betr. die Firma Allgemeine Transportgesellschaft, vorm. Gondrand & Mangl...

b) auf Blatt 485, betr. die Allgemeine Deutsche Kreditbank, Filiale Reuzersdorf, in Reuzersdorf...

2. am heutigen Tage: auf Blatt 298 bei der Firma Theodor Kramp, Aktiengesellschaft in Sibau...

Ämtlergericht Ebersbach, 13. Okt. 1924.

Auf Blatt 661 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Pirna, betreffend die Gesellschaft in Firma Vereinigte Handelsmühlen Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Ämtlergericht Pirna, 10. Okt. 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma Kob. Jöblich & Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Blauen, Nr. 160...

c) auf dem Blatte der Firma Johannes Lange in Blauen, Nr. 3153; Die Procura des Paul Starke in Blauen ist erloschen;

a) auf dem Blatte der Firma Leonhardt & Weide in Blauen, Nr. 4174; Die Gesellschaft ist aufgelöst...

b) auf dem Blatte der Firma Mitteldeutsche Tabakfabrik Blauen (Misfa) Inhaber: Koch & Zagenberger in Blauen, Nr. 4314...

c) auf Blatt 82 (Raubdruck); Die Firma Liebergold & Co. in Theuma, bisher in Trieb und als Inhaber der Kaufmann Fritz Liebergold in Theuma;

d) auf Blatt 83 (Raubdruck); Die Firma Zildereisfabrik Otto & Co., Kommanditgesellschaft in Rauschwitz und weiter, das der Zildereisfabrikant Willy Otto in Rauschwitz und zwei Kommanditisten...

Ämtlergericht Blauen, 11. Okt. 1924.

Anmeldung von Sparfahrguthaben zur Aufwertung.

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums vom 1. Oktober 1924 sind die Sparfahrguthaben zur Aufwertung...

Diesem Sparfahrguthaben, die eine Aufwertung ihres Sparfahrguthabens nach den Vorschriften des § 7 der 3. Steuermotorenverordnung verlangen, haben ihre Ansprüche bei der unterzeichneten Sparkasse schriftlich oder mündlich anzumelden...

bis zum 31. Dezember 1924 erfolgen. Später Anmeldungen müßten zurückgewiesen werden, da § 7 Absatz 1 der 3. Steuermotorenverordnung ausdrücklich diese Frist vorschreibt...

Die Sparkasse kann bei der Anmeldung noch keine Auskunft darüber geben, wie hoch das Sparfahrguthaben ausgewertet wird.

Die Sparkassenverwaltung.

Anmeldung von Sparfahrguthaben zur Aufwertung.

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums vom 1. Oktober 1924 sind die Sparfahrguthaben zur Aufwertung...

Diesem Sparfahrguthaben, die eine Aufwertung ihres Sparfahrguthabens nach den Vorschriften des § 7 der 3. Steuermotorenverordnung verlangen, haben ihre Ansprüche bei der unterzeichneten Sparkasse schriftlich oder mündlich anzumelden...

Staat und Kirche. Eine Verfassungsfrage.

Von H. Fleißner, W. v. H.

In allen Verfassungskämpfen, die sich in Deutschland abspielten, hat auch der Streit um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche eine große Rolle gespielt. Die Forderung nach der Trennung der Kirche vom Staat wurde besonders hart betont vom Liberalismus der früheren Zeit...

Im dritten Abschnitt der Reichsverfassung wird nach den Artikeln 135 bis 141 das neue Verhältnis des Staates zu den Religionsgesellschaften festgelegt. Hier kurze, aber inhaltsschwere Worte in Artikel 137 geben den grundsätzlichen Inhalt, aus dem alles andere fließt und sich gestaltet: „Es besteht keine Staatskirche.“

nicht in allen Ländern des Reiches gleich. Hier und da ist, dort looser. Das Materielle spielt dabei aber überall eine große Rolle. Wo das geschriebene Recht fehlt, beruft sich die Kirche auf Traditionen und auf Gewohnheitsrechte...

An Anregungen und Forderungen nach einem solchen hat es nicht gefehlt. Die frühere sächsische Regierung hat sich unablässig in dieser Hinsicht bemüht. Seit Februar 1920 bis in das Jahr 1923 sind von ihr aus etwa ein Dutzend Schreiben in der Sache an die Reichsregierung ergangen. Die Chronologie und der Inhalt der Antworten ist bemerkenswert. Im Oktober 1920 erklärt die Reichsregierung...

Artikel 137 Weltung zu verschaffen. Inzwischen war jedoch manches geschehen, was die Angelegenheit von Standpunkt des Staatsinteresses aus noch dringlicher erscheinen läßt. Die Inflation machte auch die Kirche notleidend. Gewöhnlich, vom Staate Hilfe zu erhalten, schlug sie auch jetzt diesen Weg ein. Mit gutem Erfolg! Das im Juni 1923 abgeschlossene Landeszweckgesetz enthält in § 52a eine von sozialdemokratischer Seite bekämpfte und abgelehnte Bestimmung...

Auch aus ideellen und moralischen Gründen muß die von der Verfassung geforderte Trennung der Kirche vom Staat endlich nach klaren Regeln durchgeführt werden. Denn es handelt sich um keine Parteifrage; dieser Standpunkt wird nach wie vor von vielen bürgerlichen Wissenschaftlern, Politikern und auch von manchen Geistlichen vertreten. Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß besonders die religiösen Vorrechte, an denen kirchliche Kreise so lange wie möglich festhalten, keine Berechtigung mehr haben. Professor Kuschaj sagt darüber in seinem Kommentar zu Artikel 135 der Reichsverfassung: „Was die Staatskirche aus irgend einem Grunde verdrängen, wird nicht dadurch erlaubt, daß es in Ausübung einer religiösen Überzeugung geschieht.“

Aus Sachien.

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer von den Mietzinseinnahmen.

Die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig teilen folgendes mit:

Nach den 6. Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1924 können die Hausbesitzer wegen voranschreitender späterer Ausgaben für größere Reparaturen eine besondere Befreiung der am 10. Oktober 1924 und am 10. Januar 1925 fälligen Vorauszahlungen beantragen. Zur Erleichterung für die Steuerpflichtigen haben die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig sich auf Anregung des Landesverbandes der Sächsischen Hausbesitzervereine damit einverstanden erklärt, daß die Hausbesitzer für die Berechnung der am 10. Oktober 1924 und am 10. Januar 1925 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1924 von den innerhalb des Vorauszahlungsabchnittes (3. und 4. Kalendertrimester 1924) vereinnahmten Mietzinsen statt der tatsächlich gemachten Aufwendungen für Werbungskosten einen Werbungskostenpauschalbetrag in Höhe von 75 Proz. der um die Mietzinssteuer gekürzten gesetzlichen Miete, d. h. 30 Gelddarm auf je 100 M. Mietzinsmiete, abziehen. Durch diesen Pauschalbetrag sind alle als Werbungskosten in Betracht kommenden Ausgaben für Instandhaltung, Steuern usw. abgezogen, jedoch neben dem Pauschalbetrag besondere Abziehungen nicht vorgenommen werden dürfen. Ten Hausbesitzer ist es aber selbstverständlich unbenommen, insbesondere dann, wenn im Vorauszahlungsabchnitt Werbungskosten in einer Höhe aufgewendet worden sind, die den Pauschalbetrag übersteigt, statt des Werbungskostenpauschalbetrags die tatsächlich entstandenen Werbungskosten von den Mietzinsmieteinnahmen abzuziehen. Die Hausbesitzer, die bei der am 10. Oktober 1924 fälligen Vorauszahlung den Pauschalbetrag in Anspruch nehmen, sind hieran auch für die am 10. Januar 1925 fällige Vorauszahlung gebunden. Im Vorauszahlungsabdruck ist anzugeben, ob der Betrag der tatsächlich gemachten Aufwendungen oder ob der Pauschalbetrag für Werbungskosten abgezogen worden ist. Besonderer Rücksicht auf Zulassung des Pauschalbetrags bedarf es nicht. Mit dieser Regelung erübrigen sich auch Anträge auf besondere Befreiung der Vorauszahlung.

Zum Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.

Pirna, 14. Oktober. Nach der gestern abend erfolgten amtlichen Feststellung des Ergebnisses der Stadtverordnetenwahl, verschiebt sich das Stimmenergebnis im hiesigen Stadtverordnetenkollegium insofern, als den Kommunisten ein Sitz abgeschrieben und dafür der Deutschsozialisten ein Sitz zugeschrieben wurde. Das alte Verhältnis von 18 Bürgerlichen gegen 17 Unparteiliche ist dadurch wieder hergestellt.

Offene Stellen für Geistliche.

Im regelmäßigen Verfahren zu belegen: Pfarrstelle zu Limbach i. S. (Auerbach i. S.), Kol. Amtshauptmann in Blauen i. S. als Vicar, der Kolaturherrschaft; Pfarrstelle zu Dammertbrücke (Auerbach i. S.), Kol. L. Kol.; Pfarrstelle zu Königswalde (Merbau), Kol. L. Kol.; Pfarrstelle zu Hohenfichte (Fischau), Kol. L. Kol.; 1. Pfarrstelle zu Wentau (Leipzig II), Kol. XI, Kol. L. Kol.; Pfarrstelle zu Herzberg mit Müllnitz (Großhain), Kol. L. Kol.; 1. Pfarrstelle a. d. Thomaskirche mit Kap. Amt in Leipzig (Leipzig II), Kol. XII, Kol. f. d. B. Stelle Stadtrat Leipzig; 1. Pfarrstelle zu Johanngeorgenstadt (Schneeberg), Kol.

Stadttrat Johannegeorgenhof; I. Parterrestelle a. b. Nikolaistraße in Leipzig (Leipzig I), Gr. XII, Koll. Stadttrat Leipzig.

Schwarzenberg. Es ist geplant, am Rodemammweg ein Lustbad zu errichten. Der Stadttrat hat vorgeschlagen, zum Ankauf der erforderlichen Baumaterialien 1200 M. zu bewilligen. Vor längerer Zeit hatten die sächsischen Kollegen beschlossen, von der Industrie einen Waffenschein zu fordern. Die Industrie hielt diese Belastung für untragbar. Der Wasserwirtschaftsausschuss befürwortete eine Ermäßigung des Zuschlags von 50 auf 25 Prozent. Nach längerer Aussprache ist der Vorschlag des Wasserwirtschaftsausschusses gegen 10 Stimmen der Linken angenommen worden. Vor dem Kriege wollten die Gemeinden Lauter und die ehemalige Gemeinde Reunwelt neue Quellen an ihre Wasserleitungen anschließen. Daraufhin erhob sowohl die Gemeinde

Lauter als auch Reunwelt gegen die Planung der anderen Gemeinde Widerspruch, da jede Gemeinde durch die Querschnitte der anderen sich benachteiligt fühlte. In der am 19. September abgehaltenen Wasseramtssitzung kamen die Vertreter von Schwarzenberg und der Gemeinde Lauter dahin überein, ihren Kollegen die Rücknahme der wechselseitigen Widersprüche vorzuschlagen. Das Schwarzenberger Kollegium hat hierzu beschlossen, den Widerspruch zurückzuziehen, falls Lauter das Gleiche tut.

Freiberg. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung leitete beim Beginn der Beratung des Haushaltsplanes Oberbürgermeister Dr. Hartmann ein, daß der Haushaltsplan mit einem Nettobetrag von 500 000 M. abschließt. Hinsichtlich der Frage der Besetzung der beiden höheren Lehranstalten (Gymnasium und Realgymnasium) soll dem Ministerium mitgeteilt werden, daß die Stadt auf die Besetzung des Realgymnasiums nicht eingehen könne. Der ministerielle Vorschlag sei nicht auf die von der Stadt angeforderte Be-

schaffung des Realgymnasiums, sondern auf eine Beschäftigung des Gymnasiums hinaus. Was den kommunikativen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die bei den Oktoberunruhen vor dem Jahre von der Reichswehr Erschossenen angeht, so wurde von dem Reichsrat der Stadt, der den Antrag ablehnt, Kenntnis genommen.

Reußland. Der Kassieninspektor und ein Oberverwaltungssekretär der Stadtkassensache sind ohne Beweisantrag freilich entlassen worden, weil sie der Unterschlagung händlicher Gelder beschuldigt werden. Sie hatten sich eigenmächtig Vorkasse von 3 000 und 1500 M. angewiesen, ohne in der Lage zu sein, diese Beträge in absehbarer Zeit zurückzahlen zu können. Die Unregelmäßigkeiten wurden bei einer Revision entdeckt, die vorgenommen wurde, als Unterschlagungen von Freiburgern entdeckt worden waren, die ein anderer Kassendirektor begangen hatte.

Steinwiesendamm. Bei dem von der Linken geforderten Volksentscheid über die Frage: „Sollen

die Gemeindeverordneten aufgelöst werden?“ gingen von 1588 Wahlberechtigten nur 611 zur Abstimmung, während der größte Teil der Wähler der von bürgerlicher Seite aufgegebenen Parteipolitik Stimmhaltung Folge geleistet hatte. Von 611 abgegebenen Stimmen lauteten 548 für Ja, 39 für Nein; 14 Stimmkarten waren unbeschrieben, 8 unglücklich und 2 unlesbar. Damit hat die Bürgerchaft mit fast Zweidrittelmehrheit die Auflösung der Gemeindeverordneten abgelehnt und auch die Abberufung des Bürgermeisters Klobsch endgültig bekräftigt.

Chemnitz. Die sächsische Siedlungsengesellschaft bezieht im nächsten Frühjahr mit dem Bau einer größeren Zahl von Einfamilienhäusern an der Staatsstraße Kue-Schneberg. Die Gemeinde wird dieses Vorhaben möglichst fördern, sie stellt für jede Wohnung 600 bis 700 Quadratmeter Land im Erbpacht und ein Dacheisen von 3000 Mark zur Verfügung.

Dresdner Kurse vom 13. Oktbr.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including 'Deutsche Staatspapiere', 'Verschiedene Anleihen', 'Stadt-Anleihen', and 'Deutsche Pfand- u. Hypothekendarlehen'. Each entry includes a symbol, description, and price.

Wollwirtschaft und Handel.

Berlin, 13. Oktober. Edelmetallpreise. Gold, 10 g fein, 28,10-28,20 M.

Die Goldumstellung im Antin-Konzern.

Kun hat auch die Interessengemeinschaft des Antin-Konzerns zur Frage der Umstellung der Wägen auf Gold Stellung genommen. Man war seit langem gespannt, wie der geschlossene aller deutschen Unternehmenskomplexe die schwierige Frage der Goldumstellung beantworten würde. An den Werten listeten seit Wochen allerhand Gerüchte und die Papiere der Interessengemeinschaft fanden ein besonderes Interesse. Nun ist der Scheiter erklärt worden: Das Antin-Kapital der Stammunternehmungen des Antin-Konzerns soll im Verhältnis von 5:1 zusammengelegt werden. Die Stammverhältnisse der Interessengemeinschaft hatten das Kapital in dem verflochtenen Jahrgang sehr stark erhöht. Das Verhältnis des Antin-Kapitals zu dem verflochtenen Papierkapital dürfte auf nachfolgender Zusammenstellung hervorgehen:

Der Achtfundentag in der amerikanischen Stahlindustrie.

Ein Jahr Erfahrung: Direktoren und Arbeiter sind zufrieden.

F. Z. Vor einem Jahr wurde auf Anregung des Präsidenten Harding der Achtfundentag in der amerikanischen Stahlindustrie allgemein in den Achtfundentag umgewandelt, jedoch der Arbeitstag nicht mehr in zwei, sondern in drei Schichten eingeteilt wurde.

Aber die Erfahrungen, die man in dem verflochtenen Jahr mit dieser Änderung gemacht hat, veranlaßten die „New York Times“ eine Umfrage unter Direktoren und Arbeitern.

Ein Betriebsleiter erteilt:

Als der Achtfundentag eingeführt werden sollte, waren die jungen Arbeiter sofort alle dafür, während die älteren allerlei Erwägungen anstellten. Vor allem befürchteten sie eine Einkommensverringerung. Und dann waren sie allen Grundes beunruhigt, was sie mit der ungewohnten Arbeit auch die meisten leitenden Angestellten. Sie hatten jahrelang zwölf Stunden gearbeitet, und ihr Leben war eben blickt auf die Arbeitseinteilung zugeschnitten. Als man dann mitteilte, daß die Gesellschaft die Hälfte des Verlustes tragen würde, versetzte bei den jungen Arbeitern wiederum voller Jubel, während die älteren noch schamlos blieben. Aber schon nach zwei Monaten lernten auch sie die Erholungsmaßnahme schätzen. Familienmitglieder widmen sich Haus und Garten, die Jungen dem Sport, dem Fußball, dem Tanz, und das beliebteste Erholungsziel wurde das Automobil, das die Arbeiter der Stahlindustrie in kleinen Raten abzahlen pflegen. An der Verbesserung ihrer Bildung legt den Arbeitern aber nach meiner Erfahrung nur wenig. Sie sind wie die Kinder, die sich nach der Schule auf die Spielplätze stürzen. Immerhin gibt es eine ganze Reihe namentlich junger Arbeiter, die ihre Freizeit auf den Hochschulen und bei Vorlesungen verbringen, um sich für eine bessere Arbeit fähig zu machen.

Ein Vorarbeiter sagt:

Bessere Bildung? Ach nein, man kann alle Hunde keine neuen Knackstücke lehren! Ich bleibe lieber bei Wägen dabei. Die Frauen sind mit dem Achtfundentag im allgemeinen sehr zufrieden. Nur wenn der Mann die Freizeit benutzt, um heimlich zu brauen, wünscht die Frau nichts schmerzlicher als die Wiedereröffnung der Zwölfstundentage. Manche Vorarbeiter sind mit

der Neueinrichtung unzufrieden, weil die Arbeiter vielfach noch einen zweiten Brotkorb suchen, worunter ihre Qualität leidet.

Die Meinung der Arbeiter:

Eine Rundfrage bei den Arbeitern ergab, daß alle mit einer Ausnahme mit dem Achtfundentag zufrieden waren. Die Ausnahme bildete ein Einwanderer, der sich so schnell wie möglich das Geld zur Rückkehr in die Heimat sparen wollte. Ein leitender Ingenieur im Stahlwerk beschuldigt Arbeiter, er habe jetzt seinen Entschluß, der eigentlich Romantiker werden sollte, die Fabrik zu geben, wo er in der gleichen Arbeitszeit mehr verdienen könne, als auf dem Bauernhof.

Die Einwirkung auf die Produktion:

Der Präsident der Carnegie-Stahlwerke, Homer D. Williams, glaubt, daß ein Urteil darüber, ob beim Achtfundentag intensiver gearbeitet wird, für die Stahlindustrie kaum möglich ist. Der Produktionsvorgang wird in seinem Tempo durch die Leistung der Maschinen bestimmt und begrenzt. Eine Teilerparnis durch größere menschliche Arbeitsfähigkeit kommt hier kaum in Frage. Immerhin können jetzt weniger nervöse Zusammenbrüche vorkommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Werke erhöht wird. Auch ist es möglich, daß der Achtfundentag die Arbeiter zu besonders sorgfältiger Bedienung der Maschinen befähigt. Jeder Mensch hat im übrigen Anspruch auf Ruhezeit, und wenn die Arbeiter diese Freizeit auch nicht zur Verbesserung ihrer Bildung benutzen, so verheißt sie doch wenigstens ihren physischen Zustand.

Der Direktor der National Tube Company, Schiller, befürchtet eine demoralisierende Wirkung des Achtfundentages. Er hat immer wieder von Deuten, die die Arbeit ein bis zwei Tage unterbrechen, um eine Autotour zu machen, worunter der Betrieb natürlich leidet. Aber er sieht darin auch die Folgen einer Art Freiheitsstimmung, der über die Arbeiter gekommen sei und sich erst ausbreiten müsse. Die Frage, ob er lieber den Zwölfstundentag wieder eingeführt sehen möchte, verneint er ganz entschieden. Der Achtfundentag wird vor allem von der öffentlichen Meinung gefordert, und die ist ein wichtiger Faktor im Geschäftsgeschehen.

nach eine große Zahl von Tochtergesellschaften befinden.

Einrichtung der Goldbilanzen und Inventare für Steuerzwecke.

Mit dem 30. September 1924 ist für die Mehrheit der Steuerpflichtigen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, die Frist zur Einrichtung der handelsrechtlichen Goldmark-Großbilanzen oder einer unter bestimmten Voraussetzungen an deren Stelle tretende Vermögensaufstellung nach Art und Menge (Inventar) beim Finanzamt abgelaufen. Nur Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit brauchen, sofern ihr Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, die besprochenen Unterlagen erst bis zum 30. November 1924 dem Finanzamt vorzulegen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bilanzierung und die Unklarheit, die in den beteiligten Kreisen über die geltenden Einrichtungsregeln vielfach bestanden hat, sind die Finanzämter durch einen Erlaß des Reichsfinanzministers der Finanzen angewiesen worden, von der Verkündung von Ordnungsstrafen wegen Nichterhaltung der Frist sowie von der Festsetzung der Einreichung durch Aufsetzung von Geldstrafen zunächst abzusehen. Es empfiehlt sich jedoch für jeden Steuerpflichtigen, der bis zum 30. September 1924 seine Goldbilanz oder ein Inventar dem Finanzamt noch nicht eingereicht hat, obwohl er hierzu verpflichtet war, beim Finanzamt einen Antrag auf Verlängerung der Einreichungsfrist zu stellen. Die Finanzämter sind ermächtigt, derartige Anträge stattzugeben; in der Regel wird das Finanzamt Zustimmung bis 30. November 1924 erteilen, in besonders begründeten Ausnahmefällen ist auch eine Erleichterung der Frist bis zum 31. Dezember 1924 möglich.

Die durch das Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes bedingte Neubildung des Reichsbankdirektoriums ist in der Weise erfolgt, daß auf Grund des § 6 des Bankgesetzes die bisherigen Mitglieder zu Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums neuernannt wurden, mit Ausnahme des mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Altersgrenze ausgeschiedenen bisherigen Vizepräsidenten Czerning v. Glienau. An Stelle des letzteren wurde

Gesamtrat Kauffmann zum Vizepräsidenten ernannt.

Der deutsche Landwirtschaftsminister tritt am 23. und 24. Oktober in Berlin zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Beschlüsse des Rates der Reichsregierung, Landwirtschaft und Handelspolitik. Weiter werden die Reichsregierungsgesetzgebung und die Reichsregierungsgesetzgebung behandelt werden.

Die Kartellkommission teilt, nach der Auffassung der landwirtschaftlichen Ministerien, trotz solcher Mißbräuchen zur Deckung des Bedarfs vollkommene aus. Die in den westlichen Industriegebieten zu Tage tretende Preissteigerung hat ihren Grund nicht in irgendwelcher Knappheit, sondern in einer laien Nachfrage nach geistlichen Kartoffeln, die dieses Jahr im Westen nicht gedeihen sind und die im Osten nur wenig angebaut werden. Der Durchschnittspreis für Kartoffeln ist 2 bis 3 M. für den Zentner, für geistliche Kartoffeln 5 bis 6 M. Da in diesem Jahre noch mehr als sonst der Osten für die Kartoffelversorgung in Frage kommt, spielen die Frachtpreise im Preis eine große Rolle. Eine besondere Frachtermäßigung für Kartoffeln über die vor kurzem erfolgte Frachtermäßigung hinaus ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Forderungen der Haus- und Grundbesitzer. Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine legte am Sonntag in Karlsruhe die Tagesordnung im Zeichen des offenen Kampfes gegen die Wohnungs-Zwangswirtschaft. Die gegenwärtigen Grundbesitzer der Preissteigerung wurden als widerständig erklärt. Die Mietzinssteuer müsse in ihrer heutigen Form beseitigt werden.

Das sächsische Spielzeuggewerbe in neuer Fassung (mit den neuen Weltmarken) wird demnächst im Hochberg Verlag in Leipzig erscheinen. Die Ausgabe ist vom Ministerialdirektor Börsch im sächsischen Finanzministerium bearbeitet und wird gebunden etwa 3 M. kosten.

Nach nordischem Muster. Die französischen Citroën-Werke haben eine Anzahl Kopierwagen Fabriken und Lagerhäuser gekauft und richten in diesen Konstruktionswerkstätten für ihre 5 und 10 PS-Typenwagen nach nordischem Muster ein. Sie hoffen, von dieser Stelle aus sich nicht nur den skandinavischen und Randstaatenmarkt erobern zu können, sondern auch auf dem norddeutschen Markt Fuß zu fassen. Bis zur ersten Jahreshälfte des Jahres 1925 werden in England über 100 000 Automobile für die Kopierwagen Fabrik vorgefertigt. Die nordische Konkurrenz glaubt Citroën nicht nur durch bessere Qualität, sondern vor allem durch Nachahmung des nordischen Produktionsverfahrens ausfällen zu können.

Der Woolworth-Konzern in Deutschland. Die F. B. Woolworth Co., New York, die in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England über 1500 Bezugsstellen besitzt, plant die Errichtung eines großen Spielwarenhauses in Chemnitz. Der Bestand der Woolworth-Bäden an deutschen Spielwaren betrug vom 1. Januar bis 15. August 1924 rund 33 000 Stücken. Der Woolworth-Konzern betreibt in den Vereinigten Staaten von Amerika 1265 Geschäfte mit ungefähr 35 000 Angestellten und in England 106 Betriebe. Nach der für 1925 vorgesehenen weiteren Ausdehnung wird er in den U.S.A. über 1400 Bäden und in England über eine 200 Bäden verfügen.

Ein griechischer Auftrag zur Erbauung von 8000 Holzhäusern. Der Berliner Gemeindefiskus hat von der griechischen Regierung einen Auftragsvertrag zur Erbauung von 8000 Holzhäusern erhalten.

Ende der Cassigliani-Affäre? Cassigliani hat in den Verhandlungen mit der Depotbank und den großen Banken einen Ausgleich erzielt, der die Affäre seines Hauses beseitigt. Er bezieht sich demnach sowohl die Gläubiger als dem Spiritusgeschäft wie aus der Depotbank. Es ist ihm auch die strafrechtliche Frage erledigt, die die Banca Commerciale veranlaßt hatte, sich zurückzuziehen. Man rechnet nunmehr damit, daß die Bank jetzt Cassigliani wieder bei der Bank der Liquidation helfen wird. Demnach ist die österreichische Regierung Entwürfe einbringen, die aus den Erfahrungen der Bank für die Zukunft des deutschen Geldes, und einen Entwurf zur Herstellung der Bankinhaber.

Produkten-Örtliche zu Dresden.

Table listing prices for various goods in Dresden, including 'Weizen, inländischer', 'Roggen, inländischer', 'Gerste, inländischer', etc., with columns for quantity and price.